

# Warum ehren Sie in diesem Jahr eine Notärztin?

## Die 4. Internationale BIP-Konferenz in Nürnberg will zeigen, dass die Menschen in Gaza nicht vergessen werden, sagt Martin Breidert

Interview: Hendrik Pachinger, Nürnberg

**An diesem Wochenende findet in Nürnberg die 4. Internationale Konferenz des Vereins »Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern« statt. Sie steht unter dem Motto »Die Zukunft Palästinas«. Was erwartet die Teilnehmer?**

Uns ist bewusst, dass die Situation für die Palästinenser höchst prekär ist, besonders nach dem Gazakrieg, der von israelischer Seite trotz erklärtem Waffenstillstand de facto weitergeführt wird. Im Westjordanland ist Israel dabei, das besetzte palästinensische Gebiet zu annektieren. Während in unseren Medien meist über die Palästinenser gesprochen wird, lassen wir palästinensische Stimmen zu Wort kommen. Gerade weil das Völkerrecht in Gaza pulverisiert wurde und fundamentale Menschenrechte in Gaza sowie im Westjordanland missachtet werden, fordern wir, dass Deutschland und die EU nicht nur verbal ihre »Besorgnis« äußern. Sie sollen den EU-Assoziierungsvertrag aussetzen und die verhängnisvolle Rüstungskooperation mit Israel beenden. Palästina muss eine Zukunft haben.

**Die Konferenz findet alle zwei Jahre statt und hat bereits zahlreichen internationalen Persönlichkeiten eine Bühne geboten. Wie kam es zur Konferenz, und wer organisiert diese?**

Unser als gemeinnützig anerkanntes Bündnis wurde vor zehn Jahren von einem jüdischen und einem palästinensischen Professor gemeinsam mit weiteren engagierten Zeitgenossen gegründet. Der BIP-Vorstand organisiert die alle zwei Jahre stattfindende internationale Konferenz.

Wir wollen mit unseren Konferenzen der einseitigen proisraelischen Haltung der meisten Medien eine völkerrechtlich basierte Sichtweise entgegenhalten. Die Medien merken das, darum meiden sie uns. Wir wenden uns mit völkerrechtlich begründeten Stellungnahmen an Journalisten und Politiker. Die meisten Bundestagsabgeordneten und EU-Abgeordneten haben unseren wöchentlichen kostenlosen Newsletter »BIP aktuell« abonniert. Der Publizist Michael Lüders nannte ihn die »zuverlässigste Informationsquelle zu Israel/Palästina im deutschsprachigen Raum«.

## **Sie verleihen auch einen Menschenrechtspreis. Wen ehren Sie in diesem Jahr?**

Wir wurden auf die britische Notärztin Victoria Rose durch ihr Interview im ZDF aufmerksam, in dem sie über ihre Arbeit unter unsäglichen Bedingungen in einem Krankenhaus in Khan Junis im südlichen Gazastreifen berichtete. Sie erhält den mit 3.000 Euro dotierten Menschenrechtspreis stellvertretend für das gesamte medizinische Personal, das unter lebensbedrohlichen Umständen arbeitet. Diese Helferinnen und Helfer haben ganz praktisch ihre Solidarität bewiesen. Mit dem Preis wollen wir zeigen, dass die Menschen in Gaza nicht vergessen sind.

## **Auch dieses Mal nehmen zahlreiche namhafte Gäste teil. Neben einer Betrachtung der Darstellung der Kriege Israels wie auch Fragen des Völkerrechts tritt der Arzt Abed Schokry aus Gaza auf. Was können Sie über ihn sagen?**

Abed Schokry wurde vor 20 Jahren an der TU Berlin als Ingenieur promoviert. Er ging mit seiner Familie 2007 zurück nach Gaza und wurde dort Professor für Medizintechnik an der Islamischen Universität in Gaza-Stadt. Er trat immer für einen Dialog zwischen den Religionen ein. So wurde er in das Kuratorium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, DAAD, berufen. Die Heinrich-Böll-Stiftung gewährte ihm mehrfach Forschungsstipendien, so dass er immer wieder nach Deutschland zurückkehren konnte. Durch seine zahlreichen Vorträge wurde er im gesamten deutschsprachigen Raum bekannt. Er hatte mit seiner Familie den Gazakrieg 200 Tage erleiden müssen. Schließlich konnten sie rechtzeitig der Hölle von Gaza entkommen, ehe die Grenze nach Ägypten ganz geschlossen wurde.

## **Palästina-Solidarität kann in diesem Land Folgen haben. Gibt es diesbezüglich für Ihren Verein auch Probleme?**

BIP orientiert sich strikt an den Menschenrechten und am Völkerrecht. Bisher hatten wir keine Probleme. Die Raumsuche streckt sich allerdings jedes Mal lange hin. Seit dem grundsätzlichen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gegen die Stadt München wissen Kommunen, dass sie palästinasolidarischen Veranstaltungen keine Räume verweigern dürfen, sonst würden sie eine Klage riskieren.

Martin Breidert ist Vorsitzender beim Verein »Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern« (BIP)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/523392.palästina-solidarität-in-nürnberg-warum-ehren-sie-in-diesem-jahr-eine-notärztin.html>*